

Leitartikel zur Abstimmung vom 12. März über eine Fusion von Baden und Turgi

## Die einmalige Chance für eine stärkere Stadt

Pirmin Kramer

Ist ein Ja zur Fusion von Baden und Turgi nur noch Formsache? Diesen Eindruck könnte man im Vorfeld der Abstimmung vom 12. März erhalten. Denn von Widerstand gegen das Projekt ist praktisch nichts zu hören oder zu lesen.

In Turgi sowieso nicht: Dort ist die Zustimmung zum Zusammenschlussprojekt seit Beginn enorm hoch. Die zwei Gemeindeversammlungen sowie die Urnenabstimmung im Sommer 2021 waren eine klare Angelegenheit. Teilweise gab es Ja-Anteile von 90 Prozent. Nichts deutet darauf hin, dass sich die Stimmung in Turgi in den vergangenen Wochen geändert haben könnte.

In Baden sind es einzig die SVP und vereinzelte FDP-Vertreter, die sich gegen das Projekt aussprechen. Allerdings nur zaghaft: Ein Nein-Komitee, eine Nein-Website, Nein-Flyer oder Nein-Kampagnen beispielsweise in sozialen Medien sucht man vergeblich.

Ein Abstimmungskampf findet gar nicht statt. Und doch wäre es ein Trugschluss zu glauben, einer Fusion von Baden und Turgi stehe nichts mehr im Wege. Denn in der Vergangenheit kam es in Baden mehrfach anders als erwartet.

Vor allem 2010, als die Stadt das Fusionsprojekt mit Neuenhof völlig überraschend bachab schickte. Auch damals – wie heute – hatte sich hauptsächlich die SVP dagegen ausgesprochen. Niemand rechnete mit einem Nein. Das Ergebnis war ein Schock.

Auch die erste Urnenabstimmung zum Projekt Baden-Turgi 2021 hätte aus Sicht der Befürworter besser laufen können. 58,7 Prozent der Badener Stimmberechtigten sagten Ja. Im Stadthaus war von einem «super Resultat» die Rede; das Ergebnis konnte man aber durchaus weniger euphorisch interpretieren, hatte sich doch eine sehr breite Allianz für ein Ja ausgesprochen.

Die Angst, dass sich die Geschichte mit Neuenhof wiederholt, hängt wie ein Damoklesschwert über Baden-Turgi. Die Befürworter haben sich darum zu einem Ja-Komitee zusam-



Turgi (im Bild) und Baden: Falls die Nachbarn fusionieren, entsteht die grösste Aargauer Stadt mit 22600 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Bild: Sandra Ardizzone

mengeschlossen und die Kräfte gebündelt. Aber machen sie – und vor allem auch der Stadtrat – genug für den Erfolg des Projekts?

«Bisher eher nicht», werden wohl Badener Stimmberechtigte antworten, die nicht aktiv am politischen Leben teilnehmen. Zwar gibt es Infoveranstaltungen und Spaziergänge, in denen die Quartiere beider Gemeinden vorgestellt werden. Jedoch spürt man in Baden ansonsten wenig bis nichts davon, dass eine wegweisende Abstimmung bevorsteht.

Es ist zu hoffen, dass sich die Passivität nicht rächt, und dass der Bevölkerung die Vorteile des Zusammenschlusses bis zur Abstimmung noch klar aufgezeigt werden. Denn die Fusion ist eine grosse Chance für Baden.

Die Vorteile werden nicht einen Tag und auch nicht ein Jahr nach der Fusion sichtbar sein, sondern mittel- und

langfristig. So wie beispielsweise im Fall von Dättwil, das sich in den 60er-Jahren mit Baden zusammenschloss und nach und nach zu einem Wirtschaftszentrum der Stadt entwickelt hat.

Baden geht es zwar – bis auf die hohe Verschuldung – sehr gut. Die Stadt schafft es in Städterankings meist in die Top 15 der Schweiz. Die Kombination von grossem Freizeit- und Kulturangebot, vielen Arbeitsplätzen (rund 30 000), guten Schulen, tiefen Steuern und Thermalbädern ist auf ihre Art einzigartig.

Aber der Weiterentwicklung der Stadt sind enge Grenzen gesetzt. Baden ist eine Klus, ein enges Tal, und bereits ziemlich stark verdichtet. Die Bau- und Nutzungsordnung, die momentan überarbeitet wird, bietet dereinst zwar neues Potenzial für die bessere Nutzung einzelner Quartiere wie etwa der Oberstadt. Aber auch dieses Potenzial hält sich in Grenzen.

Turgi bietet Baden Möglichkeiten für Wachstum: Es hat Platz für neuen Wohnraum und für Infrastruktur, auch Unternehmen könnten sich hier ansiedeln. Auf dem Bahnhofareal oder im Gebiet Weichlen könnten neue Wohn- und Industriegebiete geschaffen werden.

Eines der wichtigsten Argumente der Gegnerschaft ist widerlegt worden: Aus finanzieller Sicht hätte die Fusion langfristig keine negativen Auswirkungen auf die Stadt. Der Ortsteil Turgi mit seinen 2940 Einwohnerinnen und Einwohnern ist gegenüber Baden mit einer Bevölkerungszahl von aktuell 19 658 Menschen dafür finanzpolitisch schlichtweg zu wenig relevant.

Vieles spricht dafür, dass sich Turgi nahtlos als neues Quartier in die Stadt einfügen würde. Erstens sind die Nachbarn eng verknüpft: Bis zu siebenmal pro Stunde fährt ein Zug, die Fahrt dauert fünf

Minuten. Auch Busverbindungen gibt es viele.

Zweitens passen sie optisch zusammen: Die Gemeinde gewann wie auch Baden den Wackerpreis des Schweizer Heimatschutzes für beispielhaften Ortsbildschutz. Turgi wäre also das Gegenteil eines biedereren Aggloquartiers, wie es sie in vielen Grossstädten gibt.

Drittens wirken die industrielle Vergangenheit und die kulturelle Affinität der Bevölkerung als verbindendes Element. Und viertens: Von der politischen Struktur her sind sich Baden und Turgi sehr ähnlich. Bei Urnengängen zu nationalen Themen stimmen die Nachbarn oft fast gleich ab.

Nicht zu vergessen: Durch den Zusammenschluss würde Baden zur grössten Stadt im Kanton Aargau. Dadurch würde das politische Gewicht der ganzen Region im Kanton und auch gegenüber dem Zürcher Limmattal gestärkt.

Nur ein Beispiel: Ob sich die SBB trauen würden, den Direktzug von Baden nach Bern zu streichen, wenn Baden die grösste Aargauer Stadt wäre?

Aus langfristiger Perspektive würden Fusionen von Baden mit weiteren Nachbargemeinden Sinn machen. Denn Baden kann nicht all seine Probleme selber lösen – und die teils kleinen Nachbargemeinden ebenso wenig.

Beispiel Verkehr und Stau: Der 100 Millionen Franken teure Umbau des Schulhausplatzes hat zwar eine gewisse Entlastung auf der Achse Richtung Dättwil gebracht. Aber die nachhaltige Lösung der Verkehrsproblematik in der Region ist wegen Eigeninteressen von Baden sowie auch der umliegenden Gemeinden noch in weiter Ferne. Dies hat das Scheitern des Projekts Oase exemplarisch gezeigt. Solange um Baden viele Gemeindegrenzen bestehen, wird es schwierig sein, eine für alle zufriedenstellende Lösung zu finden.

Allerdings wollen die Nachbarn jetzt erst die Fusionsabstimmung Baden-Turgi beobachten. Birnenstorf's Gemeindeammann Marianne Stänz brachte es kürzlich unverblümt auf den Punkt: «Falls Baden auch zu Turgi wieder Nein sagt, wie schon zu Neuenhof, dann ist auch eine Fusion mit uns gestorben. Wir gehen uns doch nicht bei der Stadt Baden anbieten, wenn wir riskieren müssen, dass man dort Nein sagt.»

Für Baden steht also einiges auf dem Spiel. Ein Nein zu Turgi schliesst die Tür für weitere Fusionen mit Nachbargemeinden ziemlich sicher für lange Zeit. Positiv formuliert: Der Zusammenschluss mit Turgi würde für die Zukunft alle Optionen offen halten und könnte gar einen Domino-Effekt für weitere Fusionen in Gang bringen.



Pirmin Kramer  
pirmin.kramer@chmedia.ch

## Kampfwahlen in Klingnau: Patrick Güntert versucht Comeback

Sieben Kandidierende treten zur Ersatzwahl um zwei freie Sitze im Stadtrat an. Beim Ammann-Amt kommt es zum Duell.

In etwas mehr als zwei Monaten wählt das Klingnauer Stimmvolk einen neuen Stadtmann und zwei neue Exekutivmitglieder. Dies, weil Reinhard Scherrer (Die Mitte) und Stadträtin Elvira Mrose (FDP) aus persönlichen Gründen per 26. März zurücktreten.

Für die Ersatzwahl für die beiden freien Sitze haben sich nun

zwei Kandidatinnen und fünf Kandidaten angemeldet. Auch beim Amt des Stadtmannes kommt es zu einer Kampfwahl.

Sowohl der amtierende Vizeammann Uwe Schewe (SVP) als auch der ehemalige Stadtrat Patrick Güntert (parteilos) stellen sich für das Amt des Stadtmannes zur Verfügung. Uwe

Schewe hatte bei den Gesamtneuerungen vom Herbst 2021 den Einzug in den Stadtrat geschafft – und sorgte damit für die Abwahl von Patrick Güntert.

Nun versucht Güntert das Comeback. Um aber überhaupt am 26. März als Stadtmann gewählt werden zu können, muss er auch als Stadtrat den Einzug in

die Exekutive schaffen. Eine ähnliche Ausgangslage gab es bereits im März 2015: Damals musste das Stimmvolk einen neuen Gemeinderat und einen neuen Stadtmann wählen – ein zweiter Rücktritt war bereits bekannt war. Für beide Ämter kandidierten Oliver Brun und Reinhard Scherrer. Letzterer er-

hielt als Ammann zwar mehr Stimmen, galt aber wegen weniger Stimmen bei seiner Kandidatur als Stadtrat als nicht gewählt. Offensichtlich war nicht allen Wählern klar gewesen, dass eine Person nur als Stadtmann gewählt werden kann, wenn sie gleichzeitig Mitglied des Stadtrats ist.

Nebst Patrick Güntert treten sechs weitere Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl an: Monika Dettling-Gassler (parteilos), Nicole Iten (parteilos), Hans Rudolf Kern (FDP), Daniel Kramer (parteilos), Herbert Neuhaus (Die Mitte) und Adrian Würsch (parteilos). (sga)